

Infoblatt Nord

| Ausgabe 2 | Juli 2014 |

Armut und Ausgrenzung bekämpfen! Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in Stuttgart

In den letzten Jahren ist die Schere zwischen Menschen, die von Armut gefährdet sind und denen, die in Wohlstand leben, extrem gestiegen. Besonders in den Großstädten und besonders in Stuttgart. Nach einer WSI-Studie von 2012 ist inzwischen jeder fünfte Bewohner Stuttgarts von Armut bedroht.

Grundsicherung – ohne wirkliche Existenzsicherung

Das soziale Netz heißt Hartz IV (Grundsicherung für Arbeitsuchende). So wenig wie der Name Grundsicherung verspricht, so irreführend ist der zweite Teil. Nicht nur Arbeitsuchende sind mit diesem System erfasst, sondern die ganze Familie. Kinder und Jugendliche werden ebenso beobachtet, erfasst und kontrolliert, wie erwachsene Leistungsbezieher/innen.

Wie hoch ist die Grundsicherung? 2014 beträgt das Existenzminimum



für 1 Person 391 €, zusätzlich gedeckelter Mietkosten und Heizungskosten. Für 1 Kind bis 6 Jahre, 229 €. Da dieses Kind 184 € (Kindergeld) abgezogen bekommt, bleibt ihm (im Vergleich zu Kindern, die nicht in Hartz IV Haushalten leben) 45 € im Monat!

Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche

In Stuttgart leben zur Zeit fast 40.000 Menschen von der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), davon 10.660 Kinder bis 15 Jahre, d.h. jedes siebte Kind in dieser Altersgruppe lebt in einem Hartz IV-Haushalt. Dabei sind nicht mit gerechnet Familien, die andere soziale Unterstützung zu ihrem Einkommen brauchen, wie Wohngeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag oder Asylbewerberleistung. Einen Anhaltspunkt ergibt sich aus den Angaben des Jobcenters Stuttgart für die Anzahl der Kinder, die berechtigt wären, einen Antrag auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket zu bekommen: 16.830 Kinder und Jugendliche. Schließlich sind Kinder von Armut bedroht, die keine dieser Transferleistungen erhalten, aber ebenfalls die Bonuscard, eine städtische freiwillige Leistung, beziehen könnten.

Einen Zusammenhang zwischen Armut und Bildung auch in Stuttgart zeigt die jeweilige Anzahl der Kinder, die in den verschiedenen Schularten

weiter auf Seite 2

Bericht aus dem **Bezirk**

arm und reich

Trotz ansässiger Großkonzerne, sprudelnder Gewinne, Bauboom und Reichtum- in vielen Haushalten Stuttgarts herrschen ärmliche Verhältnisse. Der Hauptartikel dieser Ausgabe geht auf dieses Thema näher ein.

von Pablo Alderete



In Zuffenhausen genügt ein kleiner Spaziergang um arm und reich Tür an Tür zu sehen. Glamour am Porscheplatz, die Sportwagenschmiede nimmt wieder am legendären Le-Mans-Rennen teil. Der große Tennis-Champion Pete Sampras besuchte die Produktionsanlagen. Ein paar Meter weiter eine verlassene Parkanlage (Vandalenstraße/Straßburger Straße), soziale Einrichtungen denen das Personal und Geld fehlt, S-21 Baustellenchaos und abgehängte Wohnviertel. Nichts gegen Pete Sampras (der übrigens auch respektvolle Worte für die Menschen, die diese Autos bauen, übrig hatte) und große Erfolge. Aber was im sozialen Bereich in Zuffenhausen und in Stuttgart alles im Argen liegt, ist für eine wohlhabende Stadt wie Stuttgart

weiter auf Seite 2

Anspruch auf eine Bonuscard haben. Mehr als ein Viertel aller Grundschüler (27,3%) hat Anspruch auf eine Bonuscard. Höher ist der Anteil an den Grund- und Werkrealschulen GWRS. Dort bezieht mehr als jeder dritte eine Bonuscard (35,6%). An den Realschulen sind es knapp ein Viertel der Schüler (23,6%). Sehr aussagekräftig ist die Zahl der Bonuscardbezieher_innen an den Stuttgarter Gymnasien, mit 7,5%. Ein deutliches Beispiel dafür, wie sich die Einkommenssituation auf die Chancen für eine höhere Bildung auswirkt.

Zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen hat die Stuttgarter Initiative „Reiche Stadt – arme Kinder“ folgende Forderungen aufgestellt:

Dringend anstehende Änderungen im SGB II

- Erhöhung der Kinderregelsätze, bedarfsgerecht,
- Keine Anrechnung des Kindergelds bei der Grundsicherung
- Rückführung der Kosten des Bil-

dungs- und Teilhabepakets in die Kinder- und Jugendhilfe vor Ort.

Ausbau einer guten Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen auf kommunaler Ebene.

Wir wollen ein kostenloses gesundes Schulessen für alle Kinder. Ebenso in Kindertagesstätten, ohne Stigmatisierung von Kindern aus armen Familien. Gemeinsames Essen als Teil eines Bildungsangebots, das sozialer Spaltung entgegenwirkt.

Wir wollen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle Schülerinnen und Schüler in Stuttgart und der Region. Das verhindert Ausgrenzung von Kindern aus Familien mit wenig Einkommen und erübrigt zudem ein kompliziertes bürokratisches Verfahren.

Ausbau von Gemeinschaftsschulen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

einfach nur peinlich. Menschen vor Profite sollte es heissen, und nicht umgekehrt. Solange bleibt auch der Widerspruch zwischen arm und reich bestehen.

In eigener Sache

Im nächsten Stuttgarter Gemeinderat ist DIE LINKE nun mit drei statt vormals zwei Gemeinderäten vertreten (an der Stelle bedanken wir uns bei der ausscheidenden Gemeinderätin Ulrike Küstler für ihren Einsatz in den letzten Jahren).

Wieder in einer Fraktionsgemeinschaft mit den Kolleginnen und Kollegen von SÖS („Stuttgart Ökologisch Sozial“), und diesmal noch erweitert und bereichert durch die Piraten und die Studentische Liste. Es wird lebendiger und bunter und auch die kontroversen Debatten werden nicht fehlen. Das gehört dazu, denn Sprechblasen-Polit-Marketing ohne Ecken und Kanten interessiert die meisten doch nicht wirklich.

Dies ist mit ein Grund, warum die Wahlbeteiligung in den Keller rauscht. Die neue Fraktion wird also bedeutend größer. Aber machen wir uns nichts vor. Auch wenn die LINKE xMal einen Antrag für ein kostenloses Schulmittagessen (um ein Beispiel zu nennen) einbringt – und abgelehnt kriegt: Ohne Aktivität und Initiative von Betroffenen, Stadtteilinitiativen und Einmischung der „kleinen Leute“ wird sich nicht viel ändern. Dafür sind sich die anderen Parteien dann einig genug in der Fortführung neoliberaler Politik – siehe LBBW-Unterstützung mit fast einer Milliarde €, siehe hunderte Millionen für S21. Wir möchten mit Euch/Ihnen darüber diskutieren. Auf unserem Sommerfest, Infoständen und Ortsverbandstreffen beispielsweise, wozu wir herzlich und auffordernd einladen.

Weitere Infos:

► www.stuttgart.die-linke-bw.de
Stichwort: Parlament

ccs



Neue Armut: Flaschensammler in Stuttgart. Karrikatur: Filippo Capezone

Interview: „Fahrradverkehr ausbauen“

Die „Fahr Rad! – Offensive Zuffenhausen“ veranstaltete am 16. Mai, kurz vor der bevorstehenden Gemeinderatswahl, eine Fahrradumfahrt in Zuffenhausen mit Kandidaten und Bezirksbeiräten aus dem Stadtteil. Dabei wurden Forderungen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs in Zuffenhausen vorgestellt. Wir sprachen mit Peter Blum, Sprecher der Initiative.

Frage: Seit wann gibt es die Fahr Rad! Offensive Zuffenhausen und welche Ziele verfolgt sie?

Antwort: Im Sommer 2011 habe ich mich mit Bezirksbeiräten von der SPD und den Grünen getroffen und wir haben überlegt, was wir für den Radverkehr in Zuffenhausen tun können, so wie das die Radoffensive in Weilimdorf macht.

Im September 2011 haben wir zusammen mit dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) eine erste Umfahrt organisiert. Danach wurde bei einer Gesprächsrunde in der Zehntscheuer die Fahr Rad! Offensive gegründet.

Drei Ziele hat sich die Initiative gesetzt:

1. Die extreme Lärm- und Schadstoffbelastung Zuffenhausens durch den Autoverkehr soll durch einen höheren Anteil des Fahrradverkehrs verringert werden. Der Anteil des

Fahrradverkehrs am Personenverkehr soll deshalb auf 20 % gesteigert werden.

2. Lücken und Mängel im Radwegnetz sollen beseitigt und damit Gefahren für die Verkehrsteilnehmer verringert oder vermieden werden. Die Attraktivität des Fahrradverkehrs kann dadurch erhöht werden.

3. Die Prioritäten in der Verkehrsplanung sollen verändert werden. Dem Ausbau des Radwegnetzes muss ein viel höherer Stellenwert eingeräumt werden als bisher.

In diesem Jahr haben wir mit dem Radflohmkt, dem Sicherheitstraining, der Radumfahrt, 3 Radtouren und einem Fotowettbewerb durchgeführt.

Welche Hauptforderungen haben Sie bei der Fahrradumfahrt erläutert?

Mehr Abstellmöglichkeiten für Räder an der Unterländerstraße!

Bahndurchlass Unterländerstraße sofort sanieren wie geplant!

Erreichbarkeit des Bahnhofs verbessern, Fahrverbot für Radfahrer auf dem Vorplatz aufheben!

Umbau der Schwieberdingerstraße mit Berücksichtigung des Radverkehrs!

Durchgängige Ampelschaltungen für Radfahrer und Fußgänger - „Grüne Welle“!

Öffnung der Einbahnstraße für Radfahrer in Gegenrichtung!

Durchgängige Wegweisung für Radfahrer! Verdoppelung der Personalstellen in der Stadtverwaltung bei den für den Radverkehr zuständigen Ämtern!

Welche Haltung nehmen der Bezirksbeirat Zuffenhausen und der Gemeinderat ein?

Bei der Gründung haben uns Bezirksbeiräte von SPD und Grünen unterstützt. Am Anfang war auch die Bezirksbeirätin der Linken/SÖS aktiv. Der Bezirksvorsteher stand uns positiv gegenüber und der Bezirksbeirat hat uns mit einem einstimmigen Beschluss Fördergelder verschafft.

Nachdem wir unsere Forderungen veröffentlichten, haben die sogenannten bürgerlichen Parteien unsere Prioritäten abgelehnt und die Gründung eines Verkehrsausschusses angeregt, der sich um alle Verkehrsteilnehmer kümmern soll und nicht nur um die Belange des Radverkehrs. Von der Stadtverwaltung haben wir seither nichts mehr gehört. Die Rückmeldungen aus dem Gemeinderat hielten sich in Grenzen. Zur Radumfahrt im Mai 14 erschienen Frau Fischer (Grüne) und Frau Vowinkel (SPD) sowie WahlkandidatInnen von Grünen, SPD und der Linken. Antwort auf unsere Forderungen erhielten wir von Frau Fischer (Grüne), Herr Hill (CDU) und der Linken. Die Stadtverwaltung hat uns kaum unterstützt, da die betroffenen Ämter viel zu wenig Personal haben.



Leserbrief

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Interesse habe ich Euren Artikel in der letzten Nummer des „Infoblatt Nord“ gelesen. Die meisten Aussagen darin teile ich vollkommen, insbesondere dass auch mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro viele der Betroffenen immer noch auf Aufstockung durch die Arbeitsagentur angewiesen sind und einer Elendsrente entgegensehen.

Bei der Aussage über die Ausnahme für die LeiharbeiterInnen unterliegt ihr, scheint mir, einem Missverständnis. Nur die tarifgebundenen Leiharbeiter in Ostdeutschland mit der niedrigsten Entgeltstufe müssen bis 2017 warten, bis sie die 8,50 € bekommen. Alle anderen LeiharbeiterInnen haben heute oder spätestens zum 1.1.2015 schon mindestens die 8,50 €.

Die hauptsächliche Auseinandersetzung geht heute um andere Ausnahmen vom Mindestlohn: Im Kabinettsentwurf sind jetzt schon bisherige Langzeitarbeitslose für 6 Monate, sowie Jugendliche unter 18 Jahren, ein großer Teil der PraktikantInnen, und ehrenamtlich Tätige ausgenommen. Vielen Arbeitgebern reicht das noch nicht: so wurde verlangt, Saisonarbeiter (die, die für uns jetzt Spargel und Erdbeeren ernten), Minijobber, RentnerInnen, ZeitungsträgerInnen, ArbeitnehmerInnen in Call Centern und TaxifahrerInnen von dem Gesetz auszunehmen. Damit würde das Gesetz immer mehr ins Leere laufen. Am 1. Mai wurde auf vielen DGB-Kundgebungen der Wegfall aller Ausnahmen im Gesetz gefordert.

Die Forderungen machen auf Niedriglohnbereiche mit beschämenden

Arbeitsbedingungen aufmerksam. Es gibt eine Petition von <http://mindestlohnfuerzusteller.de/unterzeichnen/> für die Zeitungszusteller, von denen ein großer Teil RentnerInnen und MinijobberInnen sind. (Bitte um Unterschriften!) Auch in Callcentern gibt es Knochenjobs. Sollte jemand glauben, z.B. in der ehrbaren Firma Bosch gebe es keine Mindestlohn-Anwärter, sollte er sich die Löhne in den Bosch-Call Centern in Berlin und Magdeburg anschauen. Seit Jahren lehnt Bosch dort Tarifverträge ab. Und solche Verhältnisse gibt es mit Sicherheit in vielen Großfirmen. Darum: keine Ausnahme vom Mindestlohn und rasche Erhöhung!

Gertrud Moll, Betriebsrätin in einem großen Autozulieferbetrieb (dieser Leserbrief ist vom 4.5.2014)

Anmerkung der Redaktion:

Die Einführung eines Mindestlohns, und insbesondere die Ausgestaltung in Bezug auf Höhe, Ausnahmen und Gültigkeitsbeginn wurden in Gewerkschaften und LINKE viel diskutiert. Wir haben in der Ausgabe vom Februar 2014 mit einem Artikel zu dieser Debatte beigetragen. Wir erinnern daran, dass die LINKE der SPD und den GRÜNEN vorgeschlagen hatte, gemeinsam einen

Mindestlohn von 10 € durchzusetzen. Diese sind darauf nicht eingegangen. Zur aktuellen Lage im Bundestag und dem Mindestlohn-Gesetz möchten wir auf zwei Artikel des Bundestagsabgeordneten der LINKE für den Wahlkreis Mannheim, Michael Schlecht, hinweisen. Aus Platzgründen können wir diese nicht veröffentlichen.

► www.michael-schlecht-mdb.de

Artikel: *Kampf um den Mindestlohn, 3. Juli 2014*

Artikel: *Befristungen stoppen - mit der SPD?, 6. Juli 2014*

Fragen & Kontakt:

Wir freuen uns über jede Anfrage

E-Mail:

► ov.nord@die-linke-stuttgart.de

Webseite:

► www.die-linke-stuttgart.de

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stuttgart

Ortsverband Stuttgart-Nord

V.i.s.d.P.: Pablo Alderete

c/o DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart;

Marienstraße 3 A; 70178 Stuttgart

•••••
• Termine:

• **Sommerfest der LINKEN Stuttgart**

• am 22. August, ab 18.00 Uhr im Waldheim Gaisburg

• Info Anfahrtsweg auf www.die-linke-stuttgart.de